

37
82

Union in Deutschland

Bonn, den 25. November 1982

Wahrheit und Klarheit im Wahlkampf

„Mit uns aus der Krise“ — unter diesem Motto hat die CDU den Vorwahlkampf für die Bundestagswahl am 6. März 1983 begonnen. Nach der Bundeskonferenz der SPD in Kiel ist die Ausgangslage klar: Die Regierung der Mitte muß bleiben, weil sonst Unregierbarkeit oder ein rot-grünes Bündnis drohen, stellte Heiner Geißler vor der Presse in Bonn fest.

1. Die CDU kämpft für eine klare, regierungsfähige Mehrheit für die Union. Wir haben eine hervorragende Chance. Es gibt zu dieser Mehrheit der Union mit dem Bundeskanzler Helmut Kohl keine Alternative, die Stabilität in der deutschen Politik verspricht oder die in der Lage wäre, unser Land aus dieser schweren Wirtschaftskrise herauszuführen. Die CDU ist bereit, die Koalition mit der FDP fortzusetzen.

Die Neuwahlen am 6. März 1983 sind notwendig und politisch geboten, weil die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, vor denen wir stehen, nur gelöst werden können, wenn die neue Regierung eine ganze Legislaturperiode Zeit hat. Sie braucht diese vier Jahre, um die notwendigen Maßnahmen zum Abbau der Millionenarbeitslosigkeit und zur Verringerung der Staatsverschuldung einzuleiten und durchzuführen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

WAHLKAMPF '83

Aktionstips für den Winter

Erstmalig werden wir einen Bundestagswahlkampf im Winter führen. Manche Form der Wähleransprache, die sonst zur festen Einrichtung der Kandidaten und Verbände geworden ist, läßt sich dabei witterungsbedingt nur schwer durchführen. Aber immer noch gibt es zahlreiche Möglichkeiten, mit dem Bürger in Kontakt zu kommen. In dieser und in weiteren Ausgaben wird Ihnen die Bundesgeschäftsstelle Anregungen für Aktionen geben.

rosa Teil

REGIERUNG

Wohlgerechtigkeit für alle jungen
Bürger Seite 5

PARTEI

Berichte von den Landesparteitag
in Schleswig-Holstein, Berlin
und vom Deutschlandtag der Jun-
gen Union Seite 11—14

FLUGBLATT

Zur Sache: BAFÖG Seite 15

DOKUMENTATION

Mit uns aus der Krise — Zehn gu-
te Gründe am 6. März CDU zu
wählen grüner Teil

Jusos fordern zur Besetzung von CDU-Büros auf

In einem Informationsblatt der Jungsozialisten in der SPD zur geplanten BAFÖG-Demonstration am 4. Dezember 1982 wird zur Besetzung von Büros der CDU, CSU und FDP, und damit zu einer strafbaren Handlung, aufgerufen. Generalsekretär Heiner Geißler hat in diesem Zusammenhang dem Bundesgeschäftsführer der SPD, Peter Glotz, folgenden Brief geschrieben:

Sehr geehrter Herr Glotz,

die Jungsozialisten in der SPD haben unter Verantwortung der Juso-Schülergruppen ein Informationsblatt für eine BAFÖG-Demonstration am 4. Dezember in Bonn herausgegeben. In diesem Informationsblatt heißt es auf Seite 2 wörtlich:

„Bringt euren Widerstand durch Demos und andere Aktionen am Ort, in der Schule, vor den Büros der CDU bzw. CSU und FDP zum Ausdruck (deren Büros kann man auch mal friedlich besetzen, besonders, wenn man kurz (!) vorher die Lokalpresse eingeweiht hat, macht eure Bundestagsabgeordneten zum Thema BAFÖG an.“

Hier wird in einem offiziellen Dokument der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum Hausfriedensbruch und zur Nötigung aufgerufen.

Diese Strategie der Jungsozialisten hat schon Wirkung gezeigt: so sind bereits die Landesgeschäftsstelle der CDU in Dortmund und die Kreisgeschäftsstelle der CDU in Bielefeld besetzt worden.

Im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands fordere ich Sie auf, das Informationsblatt „Jusothema: BAFÖG“ aus dem Verkehr zu ziehen und dafür zu sorgen, daß in offiziellen Publikationen Ihrer Partei nicht zu strafbaren Handlungen aufgefordert wird.

(Fortsetzung von Seite 1)

Eine stabile Politik der Mitte ist Voraussetzung für einen Abrüstungserfolg bei den Verhandlungen in Genf. Wenn am 6. März 1983 nicht gewählt wird, wird die Sowjetunion alles versuchen, durch eine offensive Propaganda in der Bundesrepublik Deutschland eine Mehrheit von demokratischen Sozialisten über Alternative bis hin zur DKP gegen den Doppelbeschluß der NATO mobil zu machen. Solange die Sowjetunion eine solche Hoffnung haben kann, wird sie positiven Abrüstungsverhandlungen in Genf nicht zustimmen.

Eine stabile, von der Union geführte Regierung nach dem 6. März zerstört solche Spekulationen der Sowjetunion und ist infolgedessen eine wichtige Voraussetzung dafür, daß es in Genf zu Ergebnissen und damit zur Abrüstung kommt.

2. Das wichtigste Kapitel für einen Wahl-

erfolg am 6. März 1983 für die CDU ist ihre Wahrhaftigkeit. Die Sozialdemokraten haben die Bürger viele Jahre über die wahre Lage getäuscht und insbesondere nach den Bundestagswahlen das Gegenteil von dem getan, was sie vor den Wahlen versprochen hatten: z. B. der Rentenbetrug 1976 und die Schuldenlüge 1980.

Die CDU sagt den Wählern vor dem 6. März 1983, welche Opfer von allen gebracht werden müssen, damit die Krise überwunden werden kann und es wieder aufwärts geht. Die Wähler können damit nicht nur über die Vergangenheit, sondern in voller Erkenntnis dessen, was auf sie zukommt, über die Zukunft abstimmen.

Die Regierung Helmut Kohl ist eine Regierung der Ehrlichkeit und der Wahrhaftigkeit. Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit werden auch die Politik nach den Neuwahlen am 6. März 1983 bestimmen.

FINANZEN

Bund und Länder einig

Die Arbeitsgruppe der Ministerpräsidenten der Länder und der Bundesfinanzminister haben am 22. November 1982 in der Landesvertretung Baden-Württemberg über die noch offenen Fragen des Gesamtkomplexes Neuverteilung der Umsatzsteuer, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen beraten. Die beiden Verhandlungsführer Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und Ministerpräsident Lothar Späth teilten im Anschluß an die zweistündige Verhandlung mit, daß Ergebnisse erzielt worden seien, die sie als befriedigend betrachteten und die sie den übrigen Ländern sowie der Bundesregierung zur Annahme empfehlen würden.

Die Einigung umfaßt folgende Punkte:

- ① Der Länderanteil an der Umsatzsteuer wird ab 1. Januar 1983 um einen Punkt erhöht, d. h. von 32,5 v. H. auf 33,5 v. H. Diese Regelung soll bis 31. Dezember 1985 gelten.
- ② Die Ausgleichszahlung für das Kindergeld (sog. Kindergeld-Milliarde) entfällt bereits ab dem Haushaltsjahr 1982. Die von den Ländern bereits geleisteten Beiträge werden noch in diesem Jahr erstattet.
- ③ Der vom Bundesrat zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs beschlossene Gesetzentwurf, der auf eine Initiative Baden-Württembergs zurückgeht, soll in das Begleitgesetz zum Bundeshaushalt 1983 übernommen werden.
- ④ Bundesergänzungszuweisungen wer-

den weiterhin im Volumen von 1,5 v. H. des Umsatzsteueraufkommens gezahlt.

⑤ Noch keine völlige Einigung wurde über die Aufteilung der Bundesergänzungszuweisungen auf die einzelnen Länder erzielt. Nordrhein-Westfalen und Hessen haben gefordert, daß auch Bremen und Nordrhein-Westfalen in den Kreis der Empfängerländer einbezogen werden. Hier sollen noch weitere Gespräche mit einzelnen Ländern geführt werden. Falls ein abgestimmter Vorschlag bis zum 26. November 1982 nicht zustandekommt, wird der Bund den Vorschlag in das Gesetzgebungsverfahren einbringen, der von der Mehrheit des Bundesrates getragen wird.

Die Renten sind sicher

Es ist ein legitimes Anliegen der Rentenversicherungsträger, auf finanzielle Schwierigkeiten hinzuweisen, mit denen sie in den kommenden Jahren konfrontiert werden, falls die wirtschaftliche Entwicklung schlechter verläuft, als von den Sachverständigen realistischerweise angenommen wird. Denn die von der SPD zu verantwortende Millionenarbeitslosigkeit schlägt auch auf die Kassen der Rentenversicherung durch.

Die Bundesregierung wird über das Jahr 1983 hinaus unverzüglich für eine mittel- und langfristige solide finanzielle Grundlage der Renten sorgen. Dieser Aufgabe werden wir uns unmittelbar nach der Bundestagswahl am 6. März 1983 stellen, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller (Remscheid).

Jeder Rentner kann darauf bauen, daß er seine Rente auf Heller und Pfennig pünktlich erhalten wird. Wer dies in Zweifel zieht oder durch verschwommene Äußerungen Ängste und Sorgen bei den Rentenempfängern weckt, versündigt sich an Millionen von älteren Menschen, die darauf vertrauen können, daß der Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland die Erfüllung des Generationsvertrages umfassend garantiert. Die Bundesregierung geht nämlich im Gegensatz zur gescheiterten SPD-geführten Bundesregierung von realistischen Annahmen über die Entwicklung von Wirtschaft und Beitragseinnahmen aus.

Alle für die Rentenversicherung Verantwortlichen haben schon am 19. Oktober 1982 in einem gemeinsamen Kommuniqué versichert, daß „mögliche Liquiditätsprobleme im gegenseitigen Einvernehmen als lösbar“ angesehen werden.

Sachverständige bestätigen Politik der Bundesregierung

Mit seinem Jahresgutachten bestätigt der Sachverständigenrat voll und ganz die von der Bundesregierung mit dem Ergänzungshaushalt 1983 und dem Gesetz zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts eingeleitete Wirtschafts- und Finanzpolitik, erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Sprung.

Auch der Sachverständigenrat spricht sich für eine mittelfristige und dauerhaft angelegte angebotsorientierte Haushalts- und Steuerpolitik aus: Allein zusätzliche Investitionen können die wirtschaftliche Talfahrt stoppen, vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Genau diesen Weg hat die Bundesregierung in ersten Schritten eingeschlagen.

DGB zur Fairneß aufgefordert

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Gespräche mit dem DGB-Bundesvorstand sowie den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften fortgesetzt. Der von beiden Seiten mit tiefem Ernst und großer Sachbezogenheit und Intensität geführte Meinungsaustausch diente dazu, den führenden Repräsentanten des DGB die Vorstellungen und Ziele der Bundesregierung im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verdeutlichen.

Der Bundeskanzler und die Mitglieder des Bundeskabinetts erläuterten in diesem Zusammenhang die in der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 niedergelegten Prinzipien und Absichten. Der Bundeskanzler betonte, die gegenwärtige schwierige wirtschaftliche Lage erfordere gerade angesichts der wachsenden Arbeitslosenzahlen solidarisches Verhalten aller. Er sei vor allem tief berührt von der bedrückenden Jugendarbeitslosigkeit.

Die Bundesregierung sehe den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als vorrangige Priorität ihrer Arbeit; diesem Ziele fühle sich die Bundesregierung auch aus moralischen Gesichtspunkten zutiefst verpflichtet. Der Bundeskanzler unterstrich, welch große Bedeutung er dem kontinuierlichen Dialog mit den Gewerkschaften beimesse. Im Interesse des sozialen Friedens und zum Wohle aller Bürger unseres Landes komme es darauf an, bei allen sachlichen Auseinandersetzungen und aller Kritik im Gespräch zu bleiben und Fairneß zu bewahren. Er begrüße es daher außerordentlich, daß auch der DGB diesen Grundsatzpositionen zustimme. Die Bundesregierung habe, so betonte der Bundeskanzler, mit ihrem klaren Programm im wirtschaftlichen wie sozialen Bereich die erforderlichen Voraussetzungen für die dringend notwendige wirtschaftliche Belebung geschaffen.

■ CDU/CSU/FDP-KOALITION

Wehrgerechtigkeit für alle jungen Bürger

Die Regierungsparteien haben in dieser Woche im Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur Sicherung der Wehrgerechtigkeit für alle jungen Bürger eingebracht. Nach jahrelangen Verzögerungen durch die SPD-Regierung konnten nun endlich entscheidende Verbesserungen getroffen werden:

**Die umstrittene Gewissensprüfung wird abgeschafft;
die Zahl der Zivildienstplätze wird so erhöht, daß die Ableistung des Ersatzdienstes für alle möglich wird;
der Zivildienst dauert künftig ein Drittel länger als der Grundwehrdienst (z. Z. Grundwehrdienst: 15 Monate, Zivildienst: 20 Monate);
der Zivildienst wird damit zu einem gleichbelastenden Dienst wie der in der Bundeswehr ausgestaltete.**

Ausgangslage

In der Bundesrepublik Deutschland besteht für Männer vom vollendeten 18. Lebensjahr an die allgemeine Wehrpflicht (Art. 12a [1] GG). Allerdings darf niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden (Art. 4 [3] GG); er kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden, der zeitlich die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigt (Art. 12a [2] GG). Diese Bestimmungen der Verfassung sind näherhin durch Bundesgesetze geregelt.

Allerdings haben sich im Vollzug dieser Gesetze erhebliche Probleme ergeben:

① Die Inanspruchnahme des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung war generell

davon abhängig gemacht worden, daß der Wehrpflichtige seine Gewissensentscheidung vor einer Behörde glaubhaft darlegte. Diese sogenannte „Gewissensprüfung“ wurde aber durch die Erfahrungen der Praxis äußerst fragwürdig:

— Sprachgewandte Kriegsdienstverweigerer konnten ihre Gründe in der Regel überzeugender darstellen und auf Rückfragen besser reagieren. 52% aller Antragsteller sind Abiturienten; die Zahl der Hauptschüler ist mit 20% vergleichsweise gering.

— Es setzte sich die Erkenntnis durch, daß die Gewissensentscheidung eines Menschen mit behördlichen Mitteln kaum überprüfbar ist. Nur in wenigen Fällen kann aus dem Gesamtverhalten des Antragstellers hinreichend geschlossen werden, daß die vorgebrachten Gründe unecht sind.

② Die Zahl der Anträge auf Anerkennung als Wehrdienstverweigerer stieg von 5900 im Jahr 1967 auf 58000 im Jahr 1980 an. Die derzeit vorhandenen 51000 Plätze zur Ableistung des Ersatzdienstes reichen nicht aus, um alle Wehrdienstverweigerer, die einen Antrag gestellt haben, auch unterzubringen. Darüber hinaus hat sich ein „Anerkennungstau“ gebildet. Annähernd 100000 Antragsteller warten noch auf eine Entscheidung; fast 10% von ihnen haben die Altersgrenze (28) erreicht und kommen für einen Dienst nicht mehr in Frage. So werden ca. 30 bis 40% eines Jahrgangs weder zum Zivildienst, noch zum Wehrdienst eingezogen. Fast ein Drittel (ca. 16000) der vorhandenen Zivildienstplätze können nicht besetzt werden.

Dieser Zustand bedeutet praktisch die Abschaffung der allgemeinen

Wehrpflicht und führte zu massiven Ungerechtigkeiten zwischen den Zivildienstleistenden einerseits und gegenüber den Wehrdienstleistenden andererseits. Während in der Regel jeder Wehrpflichtige zum Dienst in der Bundeswehr eingezogen wird, sofern er dafür tauglich ist, können sich erhebliche Teile eines Altersjahrgangs jeglichem Dienst entziehen, weil die SPD es versäumt hat, für eine ausgewogene Wehrgerechtigkeit zu sorgen.

Das Versagen der SPD

In seiner Regierungserklärung von 1969 hatte Willy Brandt zugesagt, für Kriegsdienstverweigerer „das Prinzip gerechter Gleichbehandlung“ durchzusetzen. Nach langen Anläufen kam es 1977 zu einer Wehrdienstnovelle. Anstelle der problematischen Gewissensprüfung sah sie eine formlose schriftliche Erklärung des Antragstellers vor, der daraufhin zu einem Ersatzdienst von 18 Monaten Dauer herangezogen werden konnte. Bei diesem Verfahren spielte die bedingende Voraussetzung des Grundgesetzes, vom Wehrdienst „aus Gewissensgründen“ freigestellt werden zu können, keine Rolle mehr; die bloße Absichtserklärung genügte. Man sprach daher vom „Postkarten-Verfahren“.

Das Bundesverfassungsgericht hat 1978 dieses Gesetz als mit der Verfassung nicht vereinbar verworfen.

Noch in seiner Regierungserklärung von 1980 versprach Helmut Schmidt: „Wir wollen die Neuordnung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes unter Ausschöpfung des verfassungsmäßigen Rahmens weiterhin verfolgen.“

Wenig später erklärte aber die damals zuständige SPD-Ministerin Antje Huber, die Regierung werde keinen neuen Gesetzentwurf vorlegen. Der Hintergrund:

Die Linken in der SPD-Fraktion blockierten ganz offensichtlich jede Möglichkeit für die Regierung, einen Gesetzentwurf einzubringen. Sie wollten keine Neuordnung, durch die sichergestellt wird, daß die kollektive Pflicht jedes jungen Mannes zum Wehrdienst die Regel und das Recht des einzelnen zur Verweigerung die Ausnahme ist.

Darin liegt das eigentliche Versagen der SPD-Regierungen: In den 13 Jahren ihrer Regierungsverantwortung hat sie fortschreitend die Chance vertan, den nachwachsenden Generationen geistig-ethische und nicht zuletzt gefühlsmäßige Identifikationen mit unserem Staat zu ermöglichen. So wurden die 70er Jahre zu einem „Jahrzehnt der Entpflichtung“. Wo beispielsweise politische Bildung die Verbindung des jungen Menschen mit seinem Gemeinwesen herstellen und fördern sollte, wurde orientierungsloses „Problembewußtsein“ geschaffen, das alles lediglich „hinterfragte“, ohne Antworten zu geben.

Unter dem Schlagwort von der „emanzipatorischen Erziehung“ wurden die Jugendlichen vorsätzlich aus jeglicher Gemeinschaftsbindung herausgebrochen und allein individuelle Interessen und Bedürfnisse zu Maßstäben des richtigen Verhaltens erhoben. Es ist daher nicht verwunderlich, daß immer weniger junge Menschen bereit waren, für ein verteidigungswürdiges Gemeinwesen einzutreten.

In diesem Zusammenhang war auch der Versuch der Sozialdemokraten wenig überzeugend, Empfehlungen zur „Friedenserziehung in der Schule“ auszuarbeiten. So wurde in einem Entwurf von SPD-Kultusministern der Aspekt völlig vernachlässigt, daß wirklicher Friede für ein Land und für die Völker nur dann besteht, wenn es ein Friede in Freiheit und Gerechtigkeit ist.

Auch die dort vorgenommene Gleichstellung von Wehrdienst und Ersatzdienst entspricht nicht dem Grundgesetz. Sozialdemokraten haben es nicht geschafft, den

jungen Wehrpflichtigen die Frage nach dem „Wofür“ und „Warum“ ihrer Aufgabe zu beantworten. Alle SPD-geführten Regierungen haben es versäumt, die Wehrpflichtigen von der Notwendigkeit ihres Dienstes zu überzeugen und nicht nur den „gewährenden“, sondern auch den „fordernden“ Staat verständlich und annehmbar zu machen.

CDU: Wir sichern Wehrgerechtigkeit für alle

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist das behördliche Prüfungs- und Anerkennungsverfahren in der hergebrachten Form mit der Verfassung vereinbar. Die Verfassung verpflichtet jedoch nicht zur Beibehaltung dieses Verfahrens, es kann vielmehr durch eine geeignete Alternative ersetzt werden. Das Gericht führte dazu aus, daß bei einer Ausgestaltung des Zivildienstes zu einem gleichbelastenden Dienst wie in der Bundeswehr die Gewissensentscheidung des Kriegsdienstverweigerers so offenbar werde, daß das Prüfungsverfahren entfallen könne.

Als „gleichbelastenden Dienst“ bezeichnete das Gericht eine Verlängerung des Zivildienstes bis zur Dauer von 24 Monaten sowie die Gewißheit, diesen Dienst auch tatsächlich leisten zu müssen. Wenn der Zivildienst als gleichwertig belastende Alternative empfunden werde, könne die Gewissensentscheidung in der Übernahme „einer Ersatzpflicht anstelle des verweigerten Wehrdienstes“ als gegeben angesehen werden.

Diesen Hinweis auf das Bundesverfassungsgericht hat die CDU aufgegriffen und auf ihrem 30. Bundesparteitag 1981 folgenden Beschluß gefaßt:

„Die CDU fordert Bundestag und Bundesrat zur Novellierung des Wehrdienstgesetzes entsprechend den vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Anforderungen auf: Anstelle des bisherigen Anerken-

nungsverfahrens für Wehrdienstverweigerer soll der Ersatzdienst so ausgestaltet werden, daß er — entsprechend der Anordnung des Bundesverfassungsgerichtes — unter anderem um sechs Monate länger dauern muß als der Wehrdienst. Voraussetzung für diese Regelung ist eine Vermehrung der Ersatzdienstplätze, damit sichergestellt ist, daß jeder Wehrdienstverweigerer seinen Ersatzdienst leistet.“

Nach der Übernahme der Regierungsverantwortung führte Bundeskanzler Helmut Kohl bereits in seiner ersten Regierungserklärung zu diesem Problem aus:

„Die Regierungsparteien haben vereinbart, Vorschläge zur Wehrgerechtigkeit zu erarbeiten, zum Verfahren der Anerkennung der Wehrdienstverweigerung und zur Ausgestaltung des Ersatzdienstes wie auch zur Sicherung einer ausreichenden Zahl von Zivildienstplätzen.“

Der zuständige Bundesminister Heiner Geißler und eine Kommission aus Mitgliedern der Regierungsparteien haben dann bereits innerhalb weniger Wochen das geleistet, was die SPD in langen Jahren versäumt hat: Ein neuer Gesetzentwurf wurde erarbeitet, um endlich die Wehrgerechtigkeit für alle jungen Bürger durchsetzen zu können.

Dieser Entwurf umfaßt zwei wesentliche Maßnahmen:

① Es müssen so viele Ersatzdienstplätze geschaffen werden, daß alle Ersatzdienstleistenden zum zivilen Ersatzdienst eingezogen werden können. Bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes soll die Zahl der anerkannten Zivildienstplätze von zur Zeit 51 000 auf 80 000 erhöht werden. Diese Zahl reicht in Verbindung mit der in Aussicht genommenen Erschließung neuer Arbeitsbereiche (Zivil-, Landschafts-, Umweltschutz) aus.

Der Vorrang des sozialen Bereichs, dem auch in Zukunft mindestens drei Viertel aller Zivildienstplätze zugewiesen werden sollen, wird dabei gewahrt bleiben. Die

Möglichkeit der heimatfernen Einberufung und die Benutzung dienstlicher Unterkünfte werden dazu beitragen, die Belastungsanforderungen denen des Grundwehrdienstes gleich werden zu lassen.

② Für die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer wird das Bundesamt für Zivildienst zuständig sein. Grundlage für die Anerkennung ist eine persönliche, ausführliche, schriftliche Begründung der Gewissensentscheidung. Die Anerkennung erfolgt, wenn die Begründung schlüssig ist und keine Zweifel bestehen, daß die vorgebrachten Gründe auch zutreffen. Andernfalls gibt das Bundesamt den Antrag zur Entscheidung an den zuständigen Prüfungsausschuß weiter, der auch für die Entscheidung über die Anträge von Soldaten zuständig ist.

Der zivile Ersatzdienst soll in Zukunft um ein Drittel länger dauern als der Grundwehrdienst. Er soll so ausgestaltet sein, daß die bisher vorhandenen Ungleichbehandlungen zwischen verschiedenen Dienstleistenden oder zwischen Dienstleistenden und Wehrdienstleistenden ausgeschlossen werden.

Diese beiden Maßnahmen sind die Voraussetzungen dafür, daß das Prüfungsverfahren für Wehrdienstverweigerer in der bisherigen Form abgeschafft werden kann. Die Gewissensprüfung wird dadurch nicht beseitigt, sondern die Gewissensprüfung wird von der Behörde wegverlagert in die Person, in das Gewissen desjenigen der den Wehrdienst verweigern will. Er muß jetzt sein Gewissen prüfen, ob seine Gründe so ernsthaft und so tragfähig sind, daß er mit seiner Entscheidung, den Wehrdienst zu verweigern, die Belastung eines längeren zivilen Ersatzdienstes auf sich nehmen kann.

Kritiker dieser vorgesehenen Regelung verweisen immer wieder auf das Grundgesetz: „Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht über-

steigen“ (Art. 12a [2] GG). Sie wenden sich gegen eine, wie sie unterstellen, „Bestrafung“ der Zivildienstleistenden für ihren — anerkanntermaßen — oftmals harten Dienst vor allem im Pflegebereich. Daß dieses Argument nicht zutrifft, ergibt sich aus dem Gesetz selbst: Nach dem Wehrpflichtgesetz dauert der Wehrdienst, der sich aus Grundwehrdienst und Wehrübungen zusammensetzt, bis zu zwei Jahren. Daher hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, daß der Ersatzdienst ebenfalls 24 Monate dauern darf, ohne gegen das Grundgesetz zu verstoßen.

Die von der Bundesregierung angestrebte neue Regelung ist unter den genannten Voraussetzungen nicht nur praktikabler, sondern auch gerechter als das bisherige Verfahren. Es entspricht vor allem der im Art. 1 des Grundgesetzes geforderten Achtung vor der Würde des Menschen.

Für die CDU gilt: Anerkannte Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen sind nicht Staatsbürger zweiter Klasse. Auch sie erfüllen eine allgemeine Dienstpflicht, die von unserer Verfassung vorgesehen ist.

Der Zivildienst als angeblicher „Friedensdienst“ kann aber nicht als gleichberechtigte und überdies moralisch überlegene Alternative zum „Kriegsdienst“ hingestellt werden. Solange das Grundgesetz die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland vorsieht, ist der Dienst in der Bundeswehr die Regel und der Zivildienst die Ausnahme.

Das, was der Staat durch die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen an Verteidigungsbereitschaft bzw. an äußerer Stärke verliert, gewinnt er durch das grundgesetzlich verankerte Recht auf Verweigerung des Dienstes mit der Waffe an innerer Kraft. Er legitimiert sich dadurch als ein Staat, der sich am Menschen als einzigem Maßstab staatlichen Handelns orientiert und sich selbst nicht absolut setzt.

■ INFORMATIONEN

Erschütternde Bilanz von DDR-Übergriffen

Die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter registrierte im Zeitraum von 21 Jahren insgesamt 28044 Gewaltakte und Übergriffe von DDR-Organen in Deutschland. Im einzelnen wurden festgestellt: In 4167 Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht; 188 Menschen kamen bei Fluchtversuchen um, davon 117 an der Zonengrenze und 71 im Raum Berlin; 2585 Festnahmen im Grenzgebiet; 18823 Verurteilungen aus „politischen Gründen“; 1872 „politische Verdächtigungen“ und 597 „Mißhandlungen im Amt“.

Diese Gewaltakte stehen im eklatanten Gegensatz zu den Verpflichtungen, die die DDR mit der Unterzeichnung der Helsinki-Schlußakte der KSZE übernommen hat sowie im Gegensatz zum Geist der mit der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Verträge.

Brandt für Abrüstung ohne Sicherheit

In der Sicherheitspolitik muß sich der SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel nach Ansicht des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, zwischen dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt entscheiden. Mertes erklärte in Bonn. Brandt sei für Abrüstung ohne Sicherheit. Schmidt für Abrüstung mit Sicherheit. Vogel habe nun die Wahl zwischen Brandts und Schmidts Sicherheitspolitik. „Einen dritten Weg gibt es nicht.“ Mertes widersprach Vogel vor allem wegen dessen Annahme, die jetzige Bundes-

regierung betone beim NATO-Doppelbeschluß mehr den Nachrüstungsteil, während die SPD den Verhandlungsteil unterstreiche. „Diese Behauptung ist unwahr“, sagte der CDU-Politiker. „Sie signalisiert den Beginn eines infamen Wahlkampfes.“ Für die neue Bundesregierung seien beide Teile des Doppelbeschlusses gleichrangig.

Zwangsanleihe verfassungsgerecht

Die Verfassungsmäßigkeit der Investitionshilfeabgabe kann nach Ansicht des parlamentarischen Haushalts-Staatssekretärs, Friedrich Voss, „ernstlich nicht in Zweifel gezogen werden“. Denn entgegen den Behauptungen der Opposition handle es sich um eine selbständige Abgabe besonderer Art, deren Rechtsgrundlage sich aus Grundgesetz-Artikel 74 Nr. 11 (Recht der Wirtschaft) und Nr. 18 (Wohnungswesen) ergebe. Gemäß Artikel 104 a diene die Abgabe der gezielten Förderung des Wohnungsbaus. Die Bundesregierung habe auf die Erhebung einer Steuer verzichtet, weil die rückzahlbare Abgabe für das angestrebte Ziel ausreiche.

Wörner lehnt begrenzten Atomkrieg ab

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hat in einer Stellungnahme zur alliierten Strategiedebatte den Gedanken eines begrenzt führbaren Atomkrieges abgelehnt. Die Bundesregierung suche keine Kriegsstrategien, sondern bleibe bei der kriegsverhindernden Strategie, erklärte Wörner auf der zweiten deutsch-amerikanischen Jahreskonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn.

Wörner setzte sich für ein Angebot an die Sowjetunion zur Zusammenarbeit ein, das klarer und realistischer als bisher auch auf die Interessenlage Moskaus hinweisen

müsse. Gleiche Distanz zu Moskau wie auch zum engsten und wichtigsten Bündnispartner Washington komme jedoch nicht in Frage, da es diese von Bonn aus nicht geben könne. Daran ändere die Tatsache nichts, daß Bonn auch eigene Interessen zu vertreten habe.

Endlich Wahlrecht für Deutsche im Ausland

Nach jahrelangem Hin und Her hat die neue Mehrheit im Bundestag endlich die Entscheidung getroffen, den Deutschen in den europäischen Gebieten der Europäischen Gemeinschaft das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag zu geben und das gleiche auch denen zuzuerkennen, die in aller Welt einen auf fünf Jahre befristeten Aufenthalt nehmen. Damit werden endlich diejenigen, die für Europa optieren oder die durch ihre vermehrte wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Wohlstand in Deutschland beitragen, von der unverständlichen Konsequenz befreit, nicht wählen zu dürfen.

Leider ist die Frist zu kurz, um die dazu erforderlichen Durchführungsmaßnahmen noch rechtzeitig vor dem 6. März 1983 abzuschließen. Aber bei den übernächsten Bundestagswahlen wird es viele hunderttausend Deutsche geben, die oft zum ersten Mal oder nach vielen Jahren wieder von ihrem vornehmsten Recht als Demokraten Gebrauch machen können.

Asylrecht darf nicht mißbraucht werden

Carl-Dieter Spranger, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium (CSU), hat vor einer mißbräuchlichen Überschreitung des Grundrechtes auf politisches Asyl gewarnt. Während einer Tagung zum Thema „Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ sagte er, in der Bevölkerung herrsche Beunruhigung über

die Zunahme der Asylbewerber um das Zehnfache zwischen 1976 und 1980. Davon seien weniger als 15 Prozent wirklich politisch verfolgt gewesen. Nach seiner Ansicht müssen neue Wege gefunden werden, um Flüchtlingen aus Krisengebieten einen zeitlich beschränkten Aufenthalt in der Bundesrepublik zu gewähren.

Es bleibe Ziel der Bundesregierung, den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern die Integrierung zu erleichtern und jeden weiteren Zuzug streng zu begrenzen. Die Gewährung des Wahlrechts an Ausländer in der Bundesrepublik lehnte Spranger ab.

Wichtige Information

Im Vertriebswesen der UBG (Union Betriebsgesellschaft mbH, u. a. Herausgeberin und Verlegerin des Informations- und Kontaktorgans im Dienste der Sozialen Marktwirtschaft „Das Wirtschaftsbild“ und der „Basis Information der CDU/CSU“) ist eine Änderung eingetreten:

Der Außendienst der UBG wurde ausgliedert und wird ab sofort betrieben von der WDU Presse und Öffentlichkeitsarbeit GmbH

Konrad-Adenauer-Haus
Friedrich-Ebert-Allee 73^a-75
5300 Bonn 1

Geschäftsführer Siegfried Auffermann/Hilmar Fehér

Die WDU ist ein rechtlich und wirtschaftlich selbständiges Unternehmen und im Generalauftrag für die Wirtschaftsdienste der CDU Deutschlands (UBG) tätig. Von dieser Neustrukturierung erwarten wir weitere Erfolge, die für uns alle von Nutzen sind.

Wir bitten Sie deshalb herzlich, der WDU und ihren Mitarbeitern, so wie bisher, alle Unterstützung zu gewähren.

■ DEUTSCHLANDTAG

Für die Junge Union gilt die Parole: Einsteigen statt aussteigen

Der Deutschlandtag der Jungen Union vom 19. bis 21. November in Eltville/Rheingau sah einen Unions-Nachwuchsverband, der sich in eine neue Rolle hineinzufinden suchte. Die 329 Delegierten mühten sich redlich um einen vernünftigen Kurs. Einerseits ist die Versuchung groß, durch unrealisierbare, illusionäre Forderungen das Mögliche und Machbare zu verfehlen und den Mutterparteien die soeben errungene Regierungsverantwortung zu vergällen, andererseits besteht die Gefahr, um Macht und Karriere willen Programm und Eigenständigkeit zu vergessen.

Die Suche nach einem sinnvollen Rollenverständnis wurde beispielsweise am Problem Wehrdienstverweigerung deutlich, ein Thema, das den ganzen Deutschlandtag durchzog. Die Junge Union entschied sich für den von ihrem Bundesvorsitzenden Matthias Wissmann vorgeschlagenen Weg: Den Fortschritt anerkennen und mittragen und damit den Abgeordneten aus den eigenen Reihen auch ein positives Votum empfehlen — und zugleich eine Überprüfung der Neuregelung im Lichte der alten Beschlüsse und der anfallenden neuen Erfahrungen in Aussicht stellen, wenn das ohnehin zeitlich terminierte Gesetz in einigen Jahren wieder zur Diskussion steht.

Der Bundesvorsitzende Matthias Wissmann hat zu Beginn dieses letzten Amtsjahres den Auftrag und Anspruch der Jungen Union verdeutlicht, Mahner und Motor

der Union zu sein. In diesem Sinne wies Wissmann insbesondere auf die Bedeutung des Umweltschutzes und der Entwicklungspolitik hin. Er erinnerte die CDU an den Satz des Grundsatzprogramms: „Wo Wachstum zu einer unvertretbaren Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt führt, muß notfalls auf solches Wachstum und damit verbundene Einkommensmehrung verzichtet werden.“

Als dringliche Aufgabe der Umweltschutzpolitik nannte der JU-Bundesvorsitzende unter anderem:

- den Kampf gegen den sauren Regen durch schnellstmögliche Entschwefelung der Großkraftwerke,
- realistische Energiebedarfsanalysen vor dem Bau weiterer (Kern-)Kraftwerke,
- verstärkte (Forschungs-)Förderung alternativer Energien,
- möglichst Verzicht auf projektierte Autobahnen,
- Begrünung von ungenutzten Flächen, von Straßen-, Graben- und Bachrändern,
- ungeschmälerter Luftreinhaltung,
- ungeschmälerter Gewässerschutz.

Wissmann bekundete die Solidarität der JU mit „Solidarität“: „Wenn Frieden etwas mit den Menschenrechten zu tun hat — und davon sind wir überzeugt — so hätte der diesjährige Friedensnobelpreis eindeutig Lech Walesa gebührt. Manchmal hat man den Eindruck, daß das Nobelpreiskomitee häufiger die Schreiber als die Streiter für den Frieden ehrt.“ Und er wies darauf hin, daß die JU eine Fotoausstellung zum Freiheitskampf der Afghanen auf den Weg schickt.

„Unser Freund, der Bundeskanzler“, mit diesen Worten hatte der Vorsitzende des gastgebenden Landesverbandes und Tagungspräsident Volker Bouffier Kanzler Helmut Kohl am Samstag willkommen geheißen. Zweieinhalb Stunden setzte sich der neue Bundeskanzler den Fragen seiner alten Freunde aus der Jungen Union aus — und entgegen. Und das machte den bemerkenswerten Kern dieses von den Medien ausführlich gewürdigten Veranstaltungsteils aus: Viele Fragen, die sich kritisch mit der neuen Regierungspolitik auseinandersetzten; Antworten des Bundeskanzlers, die durchaus nicht immer schmeichelhaft und bequem für die Fragenden waren — und dennoch: unübersehbare und ungeteilte Loyalität der Jungen mit dem Regierungschef. Es war das Gefühl spürbar, nach dreizehn Jahren Wirkungslosigkeit in der Opposition nun eine Chance echter Mitgestaltung zu haben, die es durch einen ebenso konstruktiven und loyalen wie auch kritischen Dialog zu nutzen gelte.

Einen besonderen Akzent setzte der hessische CDU-Fraktionsvorsitzende Gottfried Milde mit seiner Bemerkung, die Partei höre immer dann stärker auf die JU, wenn es ihr schlecht gehe; worauf Wissmann später antwortete, daß es der Partei möglicherweise bald wieder schlechter gehen könnte, wenn sie nicht mehr auf die JU hörte.

„Einsteigen statt aussteigen“: zu diesem Motto des Deutschlandtages lagen den Delegierten zwei Hauptanträge zur Diskussion und Beschlußfassung vor (die Beschlußtexte können bei der JU-Bundesgeschäftsstelle angefordert werden), vorbereitet durch Podiumsdiskussionen mit Sachverständigen und Politikern.

Zum Thema „Reform des Parlamentarismus und der Parteien“ sprachen unter der Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Franz-Josef Jung der Berliner Alternativprofessor Walter Hollstein, der

sich bei der JU „wie auf einem fremden Stern“ vorkam, Dr. Bernd Guggenberger, der sein Unverständnis kundgab, daß eine konservative Partei das konservative Thema „Ökologie“ mißachte, der Politikprofessor W. Wittkämper, der anhand vieler Beispiele die Rückständigkeit der parlamentarischen Politik beklagte, und der Hauptabteilungsleiter Politik der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Warnfried Dettling, der über die Feststellung der Defizite hinaus auch Anregungen vortrug, dem Bedürfnis der Bürger nach emotionaler Identifikation und Aussprache entgegenzukommen.

So hielt es die Junge Union für wichtig, vielfältige berechtigte Einzelvorwürfe protestierender Gruppen in ihrer Vorlage aufzugreifen und Lösungsvorschläge zu entwickeln, wobei bewußt war, daß die Kompliziertheit unserer Lebensverhältnisse keine einfachen Lösungen erlaubt. Wiederherstellung von Vertrauen in unsere Politik setzt auch voraus, daß junge Menschen ihre materielle und soziale Entfaltung in dieser Gesellschaft finden können.

Deshalb gehört der Kampf gegen den Skandal von Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsnot zu den vordringlichen Aufgaben der neuen Regierung, wie Bundeskanzler Kohl versicherte.

Dabei weiß die Junge Union, daß das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht isoliert lösbar ist, sondern nur durch Wiederherstellung von Vollbeschäftigung insgesamt. Die Vielzahl spezieller Maßnahmen, insbesondere zur schulischen und beruflichen Ausbildung, die die Junge Union in ihrem umfangreichen Beschluß erläutert und gefordert hat, können am Ende nur flankierend und helfend wirken, aber nicht das Problem bewältigen.

Für die Zeit nach der Bundestagswahl kündigte Wissmann insbesondere Schritte zur „psychologischen und materiellen Ermütigung der Wehrpflichtigen“ an.

CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wahlprogramm mit klarem Kurs

Mit der einstimmigen Verabschiedung eines Programms für die Landtagswahl am 13. März 1983 hat die schleswig-holsteinische CDU die Weichen für den bevorstehenden Wahlkampf gestellt. Die von den 350 Delegierten auf dem Landesparteitag in Kiel beschlossenen Sachausagen rücken die Sicherung der Arbeits- und Ausbildungsplätze in den Vordergrund und stellen als zweiten Schwerpunkt den Umweltschutz heraus. Leitlinie soll dabei der Standpunkt bleiben, daß Ökonomie und Ökologie keine unüberbrückbaren Gegensätze bilden.

Der Landesvorsitzende, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel und Hamburgs Bürgermeisterkandidat Walther Leisler Kiep nutzten den Parteitag in der Ostseehalle, um mit den Sozialdemokraten abzurechnen, die aus der von ihnen verschuldeten sozialistischen Wirtschaftskrise nichts gelernt hätten. Die SPD versuche, mit Klassenkampfpaparen und massiver Polemik sich um glaubwürdige Lösungen für die heutigen Probleme zu drücken. Gerhard Stoltenberg bezeichnete die jüngsten Angriffe des sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Björn Engholm als charakterlos und schäbig. In seinem Rechenschaftsbericht stellte Gerhard Stoltenberg fest, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Verbesserung der beruflichen Chancen der Jugend auch in den kommenden Jahren Vorrang hätten. Das jetzt vorgelegte Schleswig-Holstein-Programm entspreche diesen Maßstäben. Es sei in allen Kreisverbänden, in den Vereinigungen und auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen

ausgiebig diskutiert worden. Am 6. und am 13. März gehe es darum, das Vertrauen der Bürger für eine Mehrheit der Union im Bund und im Lande zu gewinnen, denn von der CDU erwarte man in erster Linie Ehrlichkeit und Verlässlichkeit.

Nach den Worten von Ministerpräsident Uwe Barschel geht die CDU gut gerüstet in diese Doppelwahl. Der Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten sei reibungslos erfolgt. Partei, Fraktion und Regierung bieten „jeder für sich und gemeinsam“ ein Bild kraftvoller Geschlossenheit. Das Wahlprogramm gebe unmißverständlich Auskunft darüber, mit welcher Entschlossenheit die CDU die aktuellen und brennenden Probleme anpackt. Problem Nummer 1 sei nach wie vor die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit als Teil der häßlichen Erblast, die die neue Bundesregierung vorgefunden habe. Eine Trendwende könne nur durch eine neue Wirtschaftspolitik ermöglicht werden. Helmut Kohl und Gerhard Stoltenberg hätten die ersten Schritte auf diesem Wege getan. Es sei eine schlimme Sache, daß ausgerechnet jene, die den wirtschafts- und finanzpolitischen Trümmerhaufen hinterlassen haben, jetzt laut lamentieren, wenn die Aufräumungsarbeiten beginnen.

Walther Leisler Kiep, Nachbar aus Hamburg, steckte dem Parteitag der schleswig-holsteinischen CDU zum Abschluß noch ein Glimmerlicht auf. Kiep verkehrte den Slogan der SPD zum kleinen Kieler Parteitag: Nicht „Aufbruch nach vorn“, sondern „Flucht nach rückwärts“ wertete er den Kurs der Sozialdemokraten. Als Regierungspartei habe man den Karren in den Dreck gefahren, jetzt beginne die politische Fahrerflucht aus der Verantwortung.

■ CDU BERLIN

Dialog mit der Jugend – ein gelungenes Experiment

Es war ein ungewöhnlicher „ordentlicher“ Parteitag, den die Berliner veranstaltet haben. Denn das höchste Parteigremium hatte sich für rund 150 junge Menschen geöffnet, die bislang nichts oder nur wenig mit Politik und Parteien zu tun hatten: „normale“ Schüler, Studenten, Auszubildende und junge Arbeitnehmer eben.

Am Anfang stand der Beschluß des Landesparteitages vom Vorjahr, eine Kommission einzusetzen, die sich mit dem Verhältnis von Jugendlichen und Partei beschäftigen sollte. Ursachenforschung brauchte diese Kommission — unter Federführung des Bonner Abgeordneten Peter Kittelmann und des Berliner Abgeordneten Jochen Feilcke — nicht mehr zu betreiben. Das hatten andere bereits gründlich getan. Vielmehr waren Lösungen gefragt.

Die von der Kommission angebotenen Auswege aus dem Problem des angeknacksten Verhältnisses zwischen (manchen) Jugendlichen und (Teilen) der Partei haben sich als gangbar erwiesen. Da gab es zum einen Expertenrunden zwischen Repräsentanten der Berliner CDU und Vertretern von Jugendorganisationen, beispielsweise zu den Themen Sicherheitspolitik und Arbeitslosigkeit. Da gab es zum anderen gezielte Aktivitäten der Kreis- und Ortsverbände, die zum Beispiel verstärkt Diskussionsveranstaltungen für Jugendliche angeboten oder ganze Schul-

klassen zu Kreisparteitagen eingeladen haben.

Nach einjähriger Arbeit hat dann die Kommission Bilanz gezogen. Sie konnte zufrieden feststellen, daß Berührungspunkte abgebaut worden sind — auf beiden Seiten. Und sie konnte feststellen, daß der vielbeschworene „Dialog mit der Jugend“ kein aussichtsloses Unterfangen ist, trotz vieler Schwierigkeiten.

Vorläufiger Höhepunkt dieses Dialogs war jetzt der 67. Landesparteitag. 150 Jugendliche sollten dazu eingeladen werden, die auch den inhaltlichen Ablauf des Kongresses bestimmen sollten. Aber woher 150 junge Menschen nehmen, ohne bei der Einladung den Eindruck der — nicht gewollten — Manipulation zu erwecken? Wie dem Verdacht entgegentreten, die Berliner CDU suche sich für eine Vorzeigidiskussion doch nur brave Bürger aus?

Indem man Einladungen pauschal über Schulklassen und Ausbildungsjahrgänge verteilt, beispielsweise. So jedenfalls hat es die Berliner CDU gemacht. Und damit bewußt auf Einflußnahme auf den Kreis der Adressaten verzichtet.

Die Diskussion verlief dann so bunt, wie es die Zusammensetzung der Teilnehmer hatte erwarten lassen: offen, manchmal hart, aber insgesamt fair.

Diskutiert wurde über die Ergebnisse der Gespräche vom Vorabend und über das Papier der Jugendkommission, in dem die Berliner CDU Stellung nimmt zu jenen Themen, mit denen sich junge Menschen heute am meisten beschäftigen. Die jugendlichen Gastdelegierten, die in dieser Debatte volles Rederecht hatten, nutzten die Gelegenheit zur direkten Auseinandersetzung. Sie stellten harte Fragen und bekamen klare Antworten.

Unter dem Strich bleibt: Das Experiment der Berliner CDU mit dem „offenen Parteitag“ hat sich gelohnt. Der Dialog aber soll damit nicht beendet sein. Mit diesem Versprechen jedenfalls sind beide Seiten nach Hause gegangen.

Zur Sache:

BAföG

Wir sichern eine gerechte Ausbildungs- förderung - auf solider Basis!

Jeder, der BAföG wirklich braucht, wird es auch in Zukunft bekommen.

- ◆ Der Schüler, der aufgrund seiner Ausbildung nicht zu Hause wohnen kann, wird weiterhin voll gefördert. Das gilt auch für den Schüler des Zweiten Bildungsweges.
- ◆ Wir verhindern Härtefälle. Jeder Schüler, der bereits gefördert wird - und dessen Familie sich auf diese Leistungen eingestellt hat - wird bis zum Abschluß weitergefördert. Auch künftig wird es keine Härten geben. Die Bundesregierung wird mit den Ländern über die Einführung einer Ausbildungsförderung für Schüler von Eltern mit geringem Einkommen verhandeln.
- ◆ Der Student wird künftig mit einem Darlehen bis zu 720 Mark im Monat gefördert. Ab dem sechsten Jahre nach dem Studium wird dieses Darlehen dann - einkommensabhängig - innerhalb von 20 Jahren zurückgezahlt. Auch hier verwirklichen wir soziale Gerechtigkeit: Wenn jemand arbeitslos ist oder wenig verdient, zahlt er nichts zurück.

Teile des Darlehens werden erlassen für Studenten,

- ◆ die vorzeitig ihr Examen machen
- ◆ die besonders gute Noten erreichen
- ◆ die vorzeitig ihr Darlehen zurückzahlen.

Das praktische Beispiel:

Darlehensschuld bei Vollförderung	40.000 DM
Abzug bei gutem Examen	-10.000 DM
Abzug bei vorzeitigem Abschluß	-5.000 DM
Abzug bei vorzeitiger Rückzahlung	-11.600 DM
Verbleibende Darlehensschuld	13.400 DM

Wer dagegen statt der Höchsthörförderung nur ein monatliches Darlehen von 500 Mark in Anspruch nimmt, hat bei einer monatlichen Belastung von 158 Mark bereits nach 5 Jahren alles zurückgezahlt.

Fazit:

Es wird keinen Kahlschlag geben. Wir werden die Studentenförderung gerechter gestalten. Bisher haben Arbeitnehmer mit ihren Steuern für den angehenden Akademiker den Studienplatz kostenlos finanziert. Das halten wir für ungerecht. Wer als Akademiker viel Geld verdient, weil er eine teure Ausbildung hatte, soll auch einen eigenen Beitrag für seine Ausbildung leisten. Eine Akademikerausbildung zum Nulltarif kann nicht verantwortet werden.

Wie sagte doch Helmut Schmidt am 26.2.1982:

„Es wäre nicht verkehrt, über die darlehensweise Vergabe von BAföG an Studenten ernsthaft nachzudenken.“

Die CDU setzt das durch, wozu der SPD der Mut fehlte.

CDU
II sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

27. 11. LV Rheinland-Pfalz
Wahlkreis-konferenz, Worms,
WK III
27. 11. LV Schleswig-Holstein
Jugend-Disco,
Oldendorf/Itzehoe
- 29./30. 11. **CDA Bund**
Sozialsekretärskonferenz,
Königswinter
29. 11. Frauenvereinigung
Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
29. 11. Frauenvereinigung
Westfalen-Lippe
Kreisvorsitzendenkonferenz,
Dortmund
29. 11. LV Berlin
Landesvorstand, Berlin
29. 11. LV Saar
Landesausschuß, Saarbrücken
1. 12. Junge Union Saar
Landesvorstand, Saarbrücken,
Landtag
1. 12. Junge Union Saar
Landesrat, Saarbrücken,
Landtag
- 3./4. 12. CDA Nordrhein-Westfalen
Klausur Arbeitnehmergruppe,
Haltern
3. 12. **MIT Bund**
Bundesvorstandssitzung, Bonn
3. 12. LV Schleswig-Holstein
Jugend-Disco, Altenholz
- 4./5. 12. Junge Union Niedersachsen
Landesvorstand (Klausurtagung),
Verden
6. 12. **CDU-Präsidium**
Sitzung, Bonn
6. 12. **CDU-Bundesausschuß**
Sitzung, Bonn
10. 12. LV Westfalen-Lippe
Geschäftsf. Landesvorstand,
Dortmund
10. 12. LV Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
10. 12. **CDU Bund**
BFA Außen-/Deutschlandpolitik,
Sitzung, Bonn, KAH
10. 12. LV Saar
Geschäftsf. Landesvorstand,
Saarbrücken
10. 12. LV Braunschweig
Landesvorstand, Braunschweig
- 11./12. 12. Junge Union Niedersachsen
Seminar „Ideologiefragen“,
Barnstorf
11. 12. CDA Westfalen-Lippe
Landestagung CDA/DGB-AG,
Dortmund
11. 12. LV Schleswig-Holstein
Jahrestagung „Kulturpolitik“,
Kiel, Conti-Hansa
13. 12. LV Baden-Württemberg
Landesvorstand, Stuttgart
14. 12. LV Rheinland-Pfalz
Landesvorstandssitzung, Mainz

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50).
Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD